

Verbände: Der Verband der Deutschen Gewerksvereine, Verband der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, Deutscher Handlungsgehilfenverband, Werkmeisterverband, Verein der Deutschen Kaufleute, Telegraphenarbeiterverband, Militärarbeiterverband und manche andere sind meist alte Verbände. Sie leisteten auf ihrem engeren Gebiete gute soziale Arbeit. Aber jeder liebte es, für sich zu stehen. Ihre gemeinsame Kraft war unerkannt, die gemeinsamen Aufgaben blieben unverstanden. War ihnen die sozialdemokratische Bewegung seit langem mit machtvoll zusammenfassender Organisation vorausgegangen, verstand es später die christliche Bewegung, aus dem Dreiflang von Gewerkschaft, konfessioneller Vereinigung und Zentrumsbewegung kräftige Akkorde herauszulockern, so blieb es trotz alledem in den freiheitlich-nationalen Vereinigungen ruhig. Der Krieg erst mußte der Erwecker sein, als er im Hochdruck des Weltumschmelzungsprozesses einen Sturmwind entfachte für freies Volkstum auf demokratischer Grundlage. Das war der letzte Prüfstein. Und unter Führung der deutschen Gewerksvereine und der Eisenbahner erkannte man zuerst, daß das Trennende zwischen den Verbänden leicht wiegt, das Gemeinsame dagegen eine alles übertragende Bedeutung besitzt.

Der Drahtverhau, der die innerlich verwandten Verbände voneinander schied, war eine etwas veräußerlichte und verhärtete Neutralität: die Furcht vor der Parteipolitik. Das neue Zusammenarbeiten hat bewiesen und wird weiter beweisen, daß alle diese Verbände gemeinsame Ziele haben in der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Kulturpolitik. Und mehr als das: daß alle diese Ziele und die Wege zu ihnen verankert sind in einem selbstbewußten, stolzen, freien Volke. Und alles, was uns zu einem solchen werden zu lassen geeignet und bestimmt ist, sprudelt aus einer großen, unerschöpflichen Quelle, an deren Wasser sich selbst widerstrebende andere Bewegungen laben müssen: Vaterland und Freiheit! Was ihnen dient, ist nicht Parteipolitik, sondern Volkspolitik im besten Sinne des Wortes. Wer ihr sich widmet, opfert sich nicht einer Partei. Will man ihr Dienste leisten, so muß man große Ziele haben, muß wenigstens ahnend begreifen, wie alle großen Ziele des Volkes und der Menschheit mit ihr in Zusammenhang stehen und muß Ideen haben, wie man zu diesen Zielen kommen will. Da darf man nicht irgendwo am Ufer allein und ausschließlich die Suppen des engeren Berufs oder Verbandes kochen, sondern muß sich herzlich in den Strom der neuen Entwicklung stellen, muß wagen und kämpfen. Und darf sich nicht schämen, wenn andere Gruppen, z. B. Parteien oder Zeitungen von anderen Ausgangspunkten an denselben Zielen arbeiten. Da ist eine gewisse Arbeitsteilung nötig. Aufgaben und Ziele sind bei weitem größer als die in Bereitschaft stehenden Kräfte sie bewältigen könnten. Geeint werden sie alle durch die gemeinsame Grundlage, durch den einheitlichen Stamm ihrer Kraft, während in den Zweigen und Blättern Verschiedenheit, Individualität leben mag und muß.

Wer zweifelt an den ungeheuren Aufgaben, die vor unserem Volke liegen? Das Schicksal ist im Begriffe, durch den Heldennut unserer Heere, durch die Kraft der Heimatfront uns die Bergeslast als ein neugeborenes Weltvolk aufzulegen. Zwischen Moos und Memel und Esch und Belt liegt unsere Heimat, unsere Muttererde. Aber weit darüber hinaus müssen unsere Blicke und Gedanken und unsere Arbeitskraft schweifen. Wollen wir den Mut verlieren? Wollen wir ängstlich werden ob der Aufgaben, die uns die Geschichte gestellt, ohne daß wir sie bewußt gesucht? Und wenn wir herzlich anfassend wollen, können wir es bloß nach außen tun? Müssen wir nicht im eigenen Lande, in Handel und Industrie und Landwirtschaft, in Schule und Haus, in Zivilisation und Kultur, in Staat und Gemeinde uns würdig und fähig machen für unsere neue Aufgabe? Ja, müssen wir nicht an uns selbst, jeder an sich pugen und bauen, um erfüllen zu können, was das Schicksal verlangt?

Wohlan, hier tritt eine in diesem Sinne neue Arbeiter- und Angestelltenbewegung vor uns, die frei von allen versteinerten Belastungen dogmatischer Vergangenheit sich dieser Aufgabe unumwunden widmen will. Sie macht einen neuen Start. Soll sie

ins Leere greifen, unverstanden von Freund und Feind wieder in Vereinzelung und Schwachheit zurücksinken? Eine warnende Frage an Deutschlands Bürgertum, an seine Politiker, seine Behörden und Gelehrten, an die Regierung und die Presse. Kräfte sind genug am Werke, sind tausend- und millionenfach lebendig. Jetzt gilt es, sie zu einer starken, unzerbrechlichen Kette zusammenzufügen, gilt es, Hand in Hand und Gedanke in Gedanke greifend, arbeiten zu lernen am einheitlichen Ziele.

Nicht alle Verbände sind auf dem Kongresse vertreten, die man dort zu suchen berechtigt ist. Doch gibt es Glieder, die den rechten Dreh nicht fanden, tastend und zagend an der Seite stehen. Je größer das Echo des Kongresses wird, je entschiedener und kraftvoller der Kongreß selbst in die Saiten greift, um weithin schallend Wege zu weisen, je früher werden die Außenreiter den Anschluß finden. Nur keine Furcht, daß wir uns bescheiden verstecken müßten. Nur nicht den Glauben aufkommen lassen, daß die anderen mehr oder Besseres wüßten als wir. Nur herzlich zugesagt!

Und damit einen Gruß der kommenden Tagung. Flossen die Wasser der Verbände, solange sie in der Vereinzelung waren und blieben, meist ruhig hin, so tut ihr jetzt einen großen Schritt aufs offene Meer. Verbände leben und wachsen von dem Willen, der sie führt, von der Unbeugsamkeit und Zielklarheit dieses Willens, sowie von der Fernwirkung dieses Willens der Führer auf die Massen. Seid im Willen groß und laßt das Weitere der Zukunft. Seid nicht ängstlich, nicht allzu behutsam und vorsichtig. Deutschland hungert trotz allem nach einer Arbeitnehmerschaft, die national und freiheitlich ist, ohne an die Reaktion oder an die Revolution auch nur herkömmlich gebunden zu sein. Doch einmal schlägt eure große Stunde. Ruht sie! Und ihr Millionen aller Stände und Klassen, die ihr draußen steht, aber mit dem Herzen dabei seid: greift mit zu, hebt das Rad mit über die Hindernisse, und dann Glück auf zur Fahrt ins neue Deutschland!

## Wilhelm Heile / Nutzen und Notwendigkeit einer politischen Volkshochschule

Ist es nicht merkwürdig, daß Deutschland, das klassische Land der Schulen, bisher so wenig, ja, fast nichts getan hat, um seinem Volke staatsbürgerliche Bildung zu vermitteln? Alle öffentlichen Lehranstalten sind unpolitisch, und zwar nicht bloß im Sinne der Ablehnung von politischer Parteilichkeit — das soll und muß so sein —, nein, sie sind auch unpolitisch im eigentlichen Sinne. Sie schließen die staatsbürgerliche Bildung nicht in den Begriff der von ihnen gepflegten allgemeinen Bildung ein und tun so von sich aus so gut wie nichts zur Stärkung des staatlichen und nationalen Gemeinschafts- und Pflichtbewußtseins. Selbst der Geschichtsunterricht reicht nur selten bis in die lebendige Gegenwart und leistet deshalb nur wenig zur Weckung des Verständnisses für die politischen Strömungen und Triebkräfte der jüngsten Vergangenheit, deren Fortwirken die Menschen von heute als Staatsbürger handelnd und dulnd noch unmittelbar verspüren.

Politisch' Lied — ein garstig' Lied: das scheint der Zeitspruch allen öffentlichen Unterrichts zu sein, und selbst an den Hochschulen weht im allgemeinen eine Luft, die der Bildung staatsbürgerlichen Willens nicht gerade günstig ist. Mit der bloßen Erziehung zu nationalem Stolz ist es nicht getan. Sie ist an sich gut und segensreich. Aber Stolz ohne eigene Leistung oder doch eigenen Willen zur Leistung gerät leicht in Gefahr, zu lächerlichem Dünkel zu entarten. Aus solcher Erziehung kann nicht das rechte Gefühl der Mitverantwortung fürs Ganze erwachsen. Daraus entsteht nicht viel mehr als ein lärmender und abstoßender Chau-



vinismus, der mehr noch ein Afterspatriotismus als Überpatriotismus ist, und bestenfalls ein bloßes achtungsvolles Aufschauen zu denen, die Reich und Staat leiten. Ihnen wird es vertrauensföhlig überlassen, das Vaterland herrlichen Tagen entgegenzuführen; das Volk aber bleibt untertan der Obrigkeit, da sie die Gewalt in Händen hat. Der eigentliche Bürger mit selbstbewußtem Stolz und eigenem staatlichen Willen und Verantwortungsgefühl kann sich dabei nicht entfalten. Man gehorcht und erfüllt seine Staatsbürgerpflicht lediglich passiv im Steuerzahlen, Dienen und bequemen Hinnehmen des Segens, der von oben kommt. Und dann kommt alle fünf Jahre einmal ein Tag, an dem jeder erwachsene männliche Volksgenosse nicht bloß Objekt, d. i. Gegenstand der Gesetzgebung ist, sondern Subjekt, verantwortlicher Mitgestalter. Das ist der Wahltag, der Tag des Bürgers, sein Ehrentag; da ist er nicht mehr Untertan, da ist er Staatsbürger und hilft selbst mitbestimmen, was aus dem Staate werden und was in ihm Rechtens sein soll.

Bei der Nachlässigkeit, mit der so der Staat die Ausbildung des Menschen zum Bürger dem Zufall überläßt, dürfte man sich nicht wundern, wenn das Ergebnis der völlig unpolitischen Erziehung des deutschen Volkes sich bei den Wahlen zeigte, sei es in Gleichgültigkeit, also geringer Wahlbeteiligung, sei es in offensichtlicher Unreife des Urteils. Glücklicherweise ist es nicht so. Bei den preussischen Landtagswahlen hält freilich nur ein winziger Bruchteil der Wahlberechtigten es für nötig, sich zu beteiligen; aber bei den Wahlen, die ein wirkliches Wählen ermöglichen, bei den Reichstagswahlen, haben wir eine Wahlbeteiligungsziffer, die selbst durch Einführung der Wahlpflicht kaum wesentlich gesteigert werden könnte. Und das Volk wählt nicht bloß, sondern es wählt zum großen Teil auch mit Überlegung. Was Staat und Gemeinde in ihren Schulen versäumt haben, das haben die politischen Parteien und ihre Presse nach Kräften nachgeholt. Sie haben in jedem, der überhaupt ein Gefühl für seine Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit und für sein eigenes Interesse am Schicksal des Ganzen hat, den bewußten Staatsbürger geweckt. Das ist ein Verdienst der viel verlästerten Parteien, dessen Wert für den Staat gar nicht zu hoch veranschlagt werden kann, und das selbst der besorgteste Feind allen Parteihaders anerkennen muß.

Und doch kann niemand, der sich mit lebendiger Anteilnahme tätig am politischen Leben beteiligt, daran zweifeln, daß schlechthin alle Parteien hier noch ein längst nicht genügend beachtetes Arbeitsfeld haben. Sehen wir einmal von den Zeitungen ab, deren Wirksamkeit ein Kapitel für sich und zudem nur in seltenen Fällen Parteileistung im strengen Sinne ist, so bleibt außer der parteipolitischen Werbearbeit, die ja fast ausschließlich den Tagesforderungen des politischen Kampfes dient, aber doch auch ganz von selbst eine Fülle von staatsbürgerlichen Kenntnissen verbreitet, nicht gerade sonderlich viel politische Bildungsarbeit der Parteien übrig. Das Zentrum hat freilich, zwar nicht als Partei, aber doch mittelbar die in ihrer Weise vortreffliche und mustergültige Organisation des katholischen Volksvereins in München-Gladbach. Die Konservativen verfügen über die außerordentlich rührige Agitationszentrale des Bundes der Landwirte, dessen Rednerschule schon manche politische Arbeitskraft ausgebildet hat. Und was die Sozialdemokratie, zumal in ihrer Verbindung mit den freien Gewerkschaften, von ihrem Standpunkte aus durch ihre gewaltige Organisation und Agitation an Erziehungsarbeit geleistet hat, das steht unübertriffen da in der ganzen Welt. Aber das Reiz dieser Organisationen

steht doch im wesentlichen nur im Dienst des Tageskampfes. Wohl sind auch Ansätze da, es auszubauen für den Zweck der Vertiefung der staatsbürgerlichen Bildung ihrer Anhänger, der Vorbereitung künftiger Kämpfe, der Ausbildung künftiger Kämpfer. Doch wie bescheiden sind diese Ansätze im Vergleich zur sonstigen Leistung an Organisation. Und was gar die sozialdemokratische Parteischule in Berlin bei ihrer Ausbildung von Parteifunktionären leistet, das ist doch alles nur auf die Abrichtung zum grob Agitatorischen, zum Allernotwendigsten zugeschnitten; von wissenschaftlichem Ernst und deutscher Gründlichkeit ist nicht mehr oder doch nicht viel mehr zu spüren, wie bei der Rednerschule des Bundes der Landwirte. Aber immerhin: hier ist doch wenigstens ein Anfang gemacht. Es gibt doch eine Stelle, die sich um den politischen Nachwuchs bemüht.

Was hat dem allen gegenüber der Liberalismus aufzuweisen? Nichts, gar nichts. Er hat in seinen beiden Spielarten rund 3 Millionen Wähler. Die Auflage der Zeitungen, die von liberalen Redakteuren geleitet werden, geht in die Millionen. Aber die Organisation der liberalen Staatsbürger steht in ihrem bescheidenen Umfang in gar keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten und Notwendigkeiten, von denen die Ziffern der jetzt schon erweisbar vorhandenen Anhängerschaft so vernehmlich und geradezu anklagend reden. Wieviel stärker könnte der Liberalismus dastehen, wenn seine Organisation für den politischen Kampf, für die Werbung neuer Anhänger und die Ausbildung neuer Kämpfer auch nur annähernd auf der Höhe stände, die das Zentrum, die Konservativen und die Sozialdemokratie längst erreicht haben!

Wie kommt das? Wie kommt es insbesondere, daß der Liberalismus, der gerade in der eigentlichen Bildungsschicht des Volkes am stärksten wurzelt, dem die große Mehrzahl der Lehrer und sonstigen berufsmäßigen Erzieher zuneigt, auch in der Schaffung politischer Bildungsmöglichkeiten weit hinter anderen Parteien zurücksteht? Da wird immer wieder als Grund angeführt, der Liberalismus habe es am schwersten, seine Anhängerschaft zu organisieren, weil es zum Teil im Wesen des Liberalismus liege, daß jeder Liberale ein Eigener sein wolle und so leicht zum Eigenbrödlerr werde. Auch fehle ihm die Gemeinsamkeit bestimmter Interessen, die, wie der Vorteil der Grundbesitzer bei den Konservativen, die Solidarität der Arbeitnehmer bei den Sozialdemokraten oder das kirchliche Band beim Zentrum, einen wirksamen Druck auf die Neigung zu festem politischen Zusammenschluß ausübe. Der Liberale erstrebe ja nichts für sich. Die selbstlose Hingebung an das Volks- und Staatsganze sei sein ureigenliches Wesen; Gerechtigkeit und Freiheit für alle das Ziel seines Strebens; die Duldsamkeit gegen Andersdenkende, ohne die ein Liberale eben kein Liberale sei, gebe den denkbar schlechtesten Nährboden ab für den echten Kämpfergeist, der aus dem Gefühl der Gegenseitigkeit gegen andere heraus den Leben schaffenden Hauch zu erzeugen pflege.

Das ist alles ganz richtig; aber die Schlussfolgerungen sind falsch. Noch war es immer nur der Glaube, der das Unmögliche möglich zu machen, Berge zu versetzen vermochte. Sollte wirklich der Glaube an persönlichen materiellen Vorteil stärkere Kräfte auslösen, als der Glaube an den Gewinn idealer Güter, die allen gleichermaßen dienen? Die Erfahrungen der Geschichte lehren etwas anderes. Sind nicht



zu allen Zeiten gerade die rein geistigen Bewegungen von größter Schwungkraft gewesen?

Gerade weil der echte Liberalismus nichts für sich und alles für die Gesamtheit erstrebt, muß es möglich sein und ist es möglich, auch die Anhängerenschaft des Liberalismus mit jenem Kampfesfeuer zu erfüllen, das nicht bloß die bereits davon Erfaßten erwärmt, sondern auch die bisher Lauen und Mattherzigen zu tätiger Begeisterung entflammt.

Nichts Großes jedoch entsteht mühelos von selbst. Die Liberalen aber haben sich immer und überall zu sehr auf ihre gute und gerechte Sache verlassen, in dem frohen und schönen Glauben, daß sich das Gute von selbst durchsetzen müsse. Das war und ist ihre Schwäche. Nicht weil es ihm an Kraft und an Kräften fehlte, sondern weil man sich nie dazu aufgerafft hat, die Kraft auch wirklich einzusetzen, deshalb hat der Liberalismus in Staat und Reich nicht die Machtstellung, die ihm nach seiner tatsächlichen Bedeutung gebührt.

Wie aber kann sich der Liberalismus die Zusammenfassung seiner Kräfte schaffen? Indem er sich entschließt, auf der Grundlage, die seinem inneren Wesen allein entspricht, das heißt ohne jede Engherzigkeit und Einseitigkeit, sich ein Heer von gutgeschulten Kämpfern heranzubilden, die nicht so sehr in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern, als vielmehr in der Erziehung des Volkes zu staatsbürgerlichem Denken im liberalen, sozialen und nationalen Geiste das Hauptfeld ihrer Tätigkeit suchen. Das ist es, was uns zu dem Entschluß bewogen hat, eine politische Volkshochschule ins Leben zu rufen. Ohne daß wir die Hoffnung aufgeben, daß in Zukunft der freier und volkstümlicher gewordene Staat mehr für die staatsbürgerliche Erziehung des Volkes leisten wird als bisher, wollen wir zu unserem Teile eine rechte „Staatsbürgerhochschule“ schaffen, die jedem offenstehen soll, dessen politisches Ziel der freie deutsche Volksstaat ist.

\*

Nähere Auskunft erteilt die „Staatsbürgerhochschule“, Berlin NW., Kronprinzenufer 27.

## Stabsarzt Haenel / Kriegsinvaliden-Rente oder Kapitalabfindung?

Je mehr das Ende des Krieges in sichtbare Nähe rückt, um so mehr freieren Gedanken und Sorgen um die Frage, wie unsere Kriegsbeschädigten versorgt und abgefunden werden sollen. Die Millionen der kommenden Invalidenrenten lasten schon heute als schwerer Druck auf dem Gemüte aller derer, die eine volkswirtschaftliche Verantwortung tragen oder auch nur empfinden. In Nr. 9 und 10 der „Hilfe“ beschäftigt sich E. Hirsch vom Standpunkte des Arztes aus mit dieser Frage, allerdings in einer Weise, die sie in etwas schiefe Beleuchtung zu rücken geeignet erscheint. Er spricht von der „Umwertung des Krankheitsbegriffes nach dem Kriege“, was er aber unter dieser Überschrift ausführt, ist bei näherem Zusehen keine Umwertung, sondern nur die schärfere Betonung von Auffassungen und Zuständen, die jedem von uns, der im Zeitalter der Sozialversicherung aufgewachsen ist, völlig geläufig sind. Schon heute ist „Kranksein nicht mehr allerpersönlichste Angelegenheit des einzelnen“, der Krankenschein weist das dem überwiegenden Teile der Bevölkerung unmißverständlich nach. Und der Unterschied zwischen dem Arzte von gestern, der neben der Fürsorge für den Kranken auch stets das Interesse für die Kasse oder Versicherungsanstalt im Auge zu behalten hatte, und dem von morgen, der neben und an Stelle der Kasse noch das Staatsinteresse zu wahren hat, ist kein solcher, daß durch ihn der ärztlichen Tätigkeit etwas wesentlich Neues hinzugefügt, dieselbe „umgewertet“ wurde. H. spricht von neuen Gesichtspunkten, nach denen sich dieser Teil der Sozialpolitik entwickeln müsse; sucht man aber in seinem Auf-

satz nach solchen, so findet man als einzigen vielleicht den Satz, daß „die Arbeit neben dem Rentenempfang auch bei ausgesprochenen Invalidität durch gesetzliche Regelung zur Pflicht gemacht werden sollte“. Einmal ist auch das nichts wirklich Neues, denn jeder Rentenempfänger hat bisher schon, sobald er weniger als 100 v. H. Rente erhielt, nebenher gearbeitet, und zweitens fängt die praktische Schwierigkeit gerade erst da an, wo H. aufhört, nämlich: welche Art gesetzlicher Regelung gibt es denn, mit der man eine derartige Arbeitspflicht herbeiführen könnte? Denn von einem gesetzlichen Arbeitszwange wird doch niemand reden wollen. Hier wäre die Stelle gewesen, wo man auf das Wort: Kapitalabfindung statt Rente zu stoßen erwartet hätte.

Es handelt sich dabei um eine Forderung, die nicht erst von gestern und heute stammt, sondern die in der Unfallgesetzgebung schon längere Zeit Gegenstand lebhafter Erörterungen ist und besonders in Ärztekreisen viele Befürworter gefunden hat. Heute gibt das Gesetz nur dann die Möglichkeit, statt der Rente das entsprechende Kapital auf einmal zu zahlen, wenn jene auf 15 v. H. oder weniger herabgegangen ist und der Rentenempfänger die Abfindung selbst beantragt. Als Gründe gegen eine Erweiterung dieser Möglichkeit werden vor allem zwei angeführt, ein finanzieller und ein sozialer. Der finanzielle sagt: tritt bei höherer Rente später eine Besserung in dem Befinden des Verletzten ein, so hat er durch die Kapitalabfindung mehr erhalten, als ihm zukam, und die Versicherungsgesellschaft ist geschädigt, sie kann von dem einmal ausgezahlten Kapital nichts wieder zurückfordern. Der soziale sagt: Der Sinn des Gesetzes, den Verletzten unter allen Umständen vor Notstand zu bewahren, kann in Frage gestellt werden, wenn das Kapital von dem Empfänger unzweckmäßig angelegt wird, keine Zinsen gibt oder gar verlorengeht. Beide Einwände sind indessen nicht derart, daß sie nicht überwunden oder durch andere Vorteile aufgewogen werden könnten. Die Vorteile liegen in erster Linie auf medizinisch-psychologischem Gebiete und können in solche negativer und positiver Art unterschieden werden. Fällt die Rente weg, so fallen zugleich die unerfreulichen Erscheinungen der Rentenjägerei auf der einen wie der „Rentenquetsche“ auf der anderen Seite, es verschwindet die unwürdige, spionageähnliche Überwachung des Rentenempfängers durch die heimlichen Vertrauensmänner und die mißgünstigen Nachbarn. Der Invalide hat keine Veranlassung mehr, sich selbst und seine Beschwerden dauernd zu beobachten und ängstlich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu halten, weil ihm keine ärztlichen Nachuntersuchungen mehr drohen, und damit ist die Quelle verstopft, aus der zu einem ganz erheblichen, ja vielleicht überwiegenden Teile die Symptome der Unfall- oder Rentenmühsal stammen, dieser schemenhaften Krankheit und unglücklichsten Nebenwirkung der sozialen Versicherungsgeetze, mit der sich die Ärzte, die behandelnden wie die begutachtenden, seit Jahrzehnten herumplagen. Die Furcht vor Renten Kürzung ist ja das Motiv, das, bewußt oder unbewußt, in Hunderttausenden von Fällen subjektive Symptome, die sonst schon längst geschwunden oder überwunden worden wären, immer wieder fixiert. Wird dieser Furcht ein für allemal der Boden entzogen, so wird damit der natürliche Egoismus, der bisher als hemmende Kraft wirkte, ganz von selber zur Freiheit; der Invalide tritt wieder in den allgemeinen wirtschaftlichen Kampf mit ein und holt, ohne mehr durch die Rücksicht auf die Höhe des Rentenbezugs beschränkt zu werden, aus der ihm verbliebenen Arbeitskraft heraus, was irgend noch möglich ist. Das ist die positive Seite der Kapitalabfindung an Stelle der Rentenzahlung: der Egoismus wird wieder in die ihm von Natur innewohnenden, Werte schaffenden Bahnen gelenkt. Jeder wird suchen, von dem ihm zugefallenen Kapital den besten Gebrauch zu machen und hinzuzuverdienen, soviel nur in seinen Kräften steht; der großkapitalistische Gedanke: „ich hab' ja nun mein Geld, folglich brauche ich mich nicht mehr anzustrengen!“ wird hier nicht Platz greifen, wo die Kapitalzinsen zum völligen Lebensunterhalt doch niemals ausreichen werden.

Das oben erwähnte finanzielle Bedenken: dem Verletzten durch die Kapitalabfindung unter Umständen mehr zu gewähren, als ihm zusteht, wiegt für private oder genossenschaftliche Versicherungs-